

Vom Acker

## Für Agrarministerin Ilse Aigner stellt die Sorte Mon 810 eine Gefahr für die Umwelt dar

DIE DEBATTE UM GENMAIS. Warum der Anbau verboten wurde

Von Dagmar Dehmer, Cordula Eubel und Matthias Matern

Berlin - Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) ist zu dem Schluss gekommen, "dass es berechtigten Grund zu der Annahme gibt, dass der genetisch veränderte Mais der Linie Mon 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt". So hat Aigner das Verbot für den umstrittenen genetisch veränderten Mais des amerikanischen Agrarchemiekonzerns Monsanto begründet. Entgegen "anderslautenden Behauptungen" sei das keine "politische", sondern eine "fachliche" Entscheidung, betonte die Ministerin. Es sei auch keine Grundsatzentscheidung über den Umgang mit der "grünen Gentechnik", als deren Befürworterin Aigner als Bundestagsabgeordnete gegolten hat.

Als wichtigstes Argument für das Anbauverbot führte Aigner die Entscheidung der luxemburgischen Regierung Ende März an, die Mon 810 ebenfalls verboten hat. Deutschland ist mit Frankreich, Österreich, Ungarn und Griechenland somit das sechste Land, das den umstrittenen Bt-Mais verbietet. Mon 810 wurde eine genetische Sequenz des Bodenbakteriums *Bacillus thuringiensis* (Bt) eingebaut. So produziert die Pflanze während ihrer gesamten Vegetationszeit ein Bt-Toxin, das nur gegen den Mais-

zünsler wirken soll. Die Larve des Schmetterlings frisst sich durch den Stängel der Pflanze, die damit instabil wird. Zudem werden die Pflanzen anfällig für Pilzbefall. Allerdings ist der Maiszünsler bisher nur in Süddeutschland ein ernst zu nehmendes Problem. Der ökonomische Nutzen des Bt-Mais-Anbaus ist deshalb in etwa so überschaubar wie die bisherige Anbaufläche von gut 3100 Hektar im vergangenen Jahr, für dieses Jahr waren rund 3700 Hektar für den Genmais-Anbau angemeldet. Das entspricht etwa 0,2 Prozent der deutschen Maisanbaufläche.

Monsanto kündigte an, gegen das Verbot "gerichtliche Schritte im Eilverfahren" einleiten zu wollen. "Nach unserer Ansicht gibt es keine belastbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse, die die Sicherheit des Produktes infrage stellen können", sagte Konzernsprecher Andreas Thierfelder - eine Einschätzung, die auch das für das Verbot zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) noch vor rund zwei Wochen geteilt habe. Am Dienstag sagte BVL-Chef Christian Grugel dagegen, dass es neue Erkenntnisse über die Umweltwirkungen des Mon 810 gebe. So habe eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz gezeigt, dass Maispollen je nach Wetter- und Klimabedingungen viel weiter fliegen als bisher angenommen. Zudem gebe es Hinweise, dass auch andere In-

sekten als der Maiszünsler durch Mon 810 geschädigt werden, zum Beispiel der Zweipunkt-Marienkäfer sowie Wasserflöhe.

Unions-Fraktionsvize Katherina Reiche bewertete das Verbot als "Einzelfallentscheidung". Die CDU-Politikerin mahnte, die Union müsse weiter deutlich machen, dass die Pflanzenbiotechnologie eine Zukunftstechnologie sei. So hätten amerikanische Forscher in einer Tabakpflanze ein Anti-Gen gegen das HI-Virus entwickelt. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand in Deutschland so etwas verhindern wollte." Auch Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) zeigte sich enttäuscht und bezeichnete die grüne Gentechnik als "wichtige Zukunftstechnologie". Dagegen lobte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) Aigners Entscheidung und kritisierte gleichzeitig "fachliche und handwerkliche Fehler" bei der Selbstkontrolle Montantos. Die Umweltverbände lobten die Entscheidung einhellig. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber sagte dem Tagesspiegel, einer Klage Montantos "können wir getrost entgegensehen". Er verlangt nun von CDU und CSU, dass sich die Regierung in Brüssel dafür einsetzt, dass der Anbau von genetisch veränderten Pflanzen den Mitgliedsstaaten selbst überlassen wird. "Das haben wir schon drei Mal versucht, und die Union hat es jedes Mal abgelehnt", fügte er hinzu.